

Jan Sikora

Zur Analyse der Sprechhandlungsstruktur bei der Darstellung Sowjetrußlands in den "Danziger Neuesten Nachrichten"

Studia Germanica Gedanensia 18, 229-249

2008

Artykuł został opracowany do udostępnienia w internecie przez Muzeum Historii Polski w ramach prac podejmowanych na rzecz zapewnienia otwartego, powszechnego i trwałego dostępu do polskiego dorobku naukowego i kulturalnego. Artykuł jest umieszczony w kolekcji cyfrowej bazhum.muzhp.pl, gromadzącej zawartość polskich czasopism humanistycznych i społecznych.

Tekst jest udostępniony do wykorzystania w ramach
dozwolonego użytku.

Jan Sikora

Zur Analyse der Sprechhandlungsstruktur bei der Darstellung Sowjetrußlands in den „Danziger Neuesten Nachrichten“

Die sowjetrussische Problematik wurde ausgesprochen häufig zum Thema der Pressebeiträge der in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ tätigen Publizisten gewählt. Die erwähnte Zeitung erschien in der Freien Stadt Danzig in der größten Auflage, war nationalistisch orientiert und vermittelte offizielle Meinungen der Danziger Stadtbehörde, unterhielt eigene Korrespondenten in vielen europäischen Hauptstädten*; in dem Sinne war sie für die Danziger Öffentlichkeit meinungsprägend. Der vorliegende Beitrag stellt Ergebnisse der Untersuchung von Pressebeiträgen aus den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts vor, die mit diversen Themenbereichen, die dem Danziger Publikum die sowjetische Realität annäherten, verbunden waren. Die gefundenen Artikel wurden thematisch geordnet und pragmalinguistisch in Bezug auf verwendete Sprachhandlungen hin ausgewertet. Das Ziel der Untersuchung bestand in der kontrastiven Analyse der Struktur von Sprechhandlungen, die bei der Berichterstattung über die sowjetische Realität in den zwei Jahrzehnten zwischen den Weltkriegen verwendet wurden. Bei der sprachpragmatischen Analyse stützen wir uns auf die Strukturierung der Sprechakte, die in der wissenschaftlichen Literatur durch J. Searle (1982), K. Bühler (1934), D. Wunderlich (1976), G. Hindegang (2000) u.a. vertreten wurden und sich tabellarisch wie folgt darstellen lassen:

* Vgl. Andrzejewski, Marek: Szkic dziejów największej gazety w Wolnym Mieście Gdańsku – Danziger Neueste Nachrichten. In: Gdańskie Zeszyty Humanistyczne 21, Nr. 25 [Druck 1979], S. 81ff.; Kowalak, Tadeusz: Prasa niemiecka w Polsce, 1918–1939, Warszawa 1971, S. 117.

	Repräsentativa/ Assertiva	Direktiva	Kommissiva	Expressiva	Deklarativa
Zweck	sagen, wie es sich verhält	jemanden zu einer Handlung/ Unterlassung bewegen	sich selbst auf eine Handlung/ Unterlassung festlegen	Ausdruck der eigenen Gefühlslage	mit dem Sagen die Welt entsprechend dem Gesagten verändern
Ausrichtung	Wort auf Welt	Welt auf Wort	Welt auf Wort	kleine	beide
psych. Zustand	Glaube	Wunsch	Absicht	Zustand	?
Beispiele	behaupten, mitteilen, berichten	bitten, befehlen, raten	versprechen, vereinbaren, anbieten, drohen	danken, grüßen, beglückwünschen, klagen	ernennen, entlassen, taufen

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Sprechakttheorie#Sprechakte_und_ihre_Unterteilung

Die Recherche des Pressematerials der „Danziger Neuesten Nachrichten“ aus den 20er und 30er Jahren ergab eine ansehnliche Gruppe von Veröffentlichungen, die mit diversen Aspekten des Funktionierens des neuen sowjetrussischen Staates nach der bolschewistischen Oktoberrevolution 1917 verbunden waren. Die Korrespondenten vermittelten den Lesern die Maßnahmen der sowjetischen Behörden, Informationen über die Behandlung der politischen Gegner, die Lebensumstände in Russland, die Arbeitsbedingungen der russischen Werktätigen sowie über Tendenzen in der Außenpolitik. Informationen aus Russland waren insofern interessant, als das Land einen politischen Umsturz erfahren hatte, infolgedessen das Jahrhunderte lang bestehende monarchistische System der Zarenherrschaft durch die Macht der Proletarier unter der Führung von W.I. Lenin abgelöst wurde. Dieses Ereignis wurde in Deutschland und Danzig mit Aufmerksamkeit beobachtet angesichts der realen Bedrohung der deutschen Demokratie der Weimarer Zeit durch sich zusammenschließende kommunistische Organisationen und Parteien, die von der Ideologie Marx' und Engels' beseelt waren und die Errichtung einer Räterepublik nach dem sowjetischen Muster anstrebten.

Der vorliegende Beitrag untersucht die historischen Begebenheiten, die mit der Entstehung des Sowjetstaates zusammenhängen, nur oberflächlich und befasst sich schwerpunktmäßig mit der linguistischen Analyse des Pressematerials in der genannten Zeitung. Zu diversen Aspekten der bolschewistischen Oktoberrevolution sowie zur Entstehung und Funktionierung des sowjetischen Staates wird der interessierte Leser auf Abhandlungen u.a. von Bosiacki (1999), Pipes (1994, 2005), Bohn (2002), Haumann (2003) verwiesen.

Auf der linguistischen Ebene wurden die gefundenen Beiträge thematisch geordnet und jede Gruppe wurde auf die verwendeten Sprachhandlungen hin untersucht. Anschließend wurden die identifizierten Sprachhandlungen temporal zueinander in Kontrast gesetzt und auf Analogien und Differenzen hin untersucht. Die im Text identifizierten Sprechhandlungen wurden mit KAPITÄLCHEN markiert.

Die 20er Jahre

In der Publizistik der „Danziger Neuesten Nachrichten“ konnte im dritten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine Gruppe von Berichten festgestellt werden, in der die Anfänge des neu gegründeten sowjetischen Staates geschildert wurden. Die Berichterstatter schilderten die allgemeine Situation in Russland nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki. 1926, neun Jahre nach der Erstarkung des sowjetischen Staates, erschien ein Bericht über die Gestaltung des Rechtssystems durch Vertreter der neuen Macht:

„Revolutionäre Gerechtigkeit“ in Rußland

Die frühere Gesetzgebung wurde umgestoßen, und die neue, sogenannte „revolutionäre Gerechtigkeit“ hat nicht vermocht, Ordnung im Lande zu schaffen. Sie hat im Gegenteil zur Vernichtung sämtlicher Rechtsnormen geführt, die vor der Revolution bestanden haben.

Einige Beispiele aus dem heutigen sowjetischen Rechtswesen ergeben ein derartiges Bild der Zustände in Sowjetrußland, daß es sich erübrigt, Kommentare hinzuzufügen. [...]

Ein Bezirks-Exekutivkomitee veröffentlicht folgende Verfügung: „Zwecks Inkraftsetzung der Verfügung der allgemeinen Konferenz bezüglich der Verheiratung der verlobten Jungfrauen im Laufe von einem Monat nach der Verlobung ist verfügt worden, an sämtliche Vorsitzenden der Dorf-Exekutivkomitees eine Verfügung zu erlassen, wonach alle derartigen Jungfrauen registriert werden, und diejenigen unter ihnen, deren Frist bereits abgelaufen ist, in den Stand der Ehe treten müssen, und

zwar im Laufe von fünf Tagen, andernfalls Nichtbefolgung zur Folge haben wird, daß die Betreffenden zur Verantwortung gezogen werden.“

An einem anderen Orte erläßt die Ortsbehörde eine Verfügung, laut der sämtliche Frieseurläden im April und im Oktober mit Delfarbe gestrichen werden müssen (warum der Gesetzgeber gerade April und Oktober gewählt hat, nicht aber Mai und November oder irgend welche anderen Monate - bleibt unerfindlich!).

Es sind dies zwei Beispiele des revolutionären Schaffens der gesetzgebenden Stellen einzelner autonomer Republiken, die zur Union der S.S.R. gehören. Sie stellen nichts anderes dar, als eine Verhöhnung jedes gesunden Menschenverstandes, wobei aber von den untergebenen Behörden nichts Vernünftigeres verlangt werden kann, weil sie eben solchen Führern untergeordnet sind. Die Verfügungen und Erlasse dieser letzteren sind nicht sinnloser und abgeschmackter.

Die in der Überschrift auftretende Wortgruppe *Revolutionäre Gerechtigkeit* steht in Anführungszeichen, die dem Syntagma eine ironische Bedeutung geben. Die verwendeten Anführungszeichen verweisen auf den Typ der Sprechhandlung, nämlich auf *IRONISIEREN* der sowjetischen Leistungen im Bereich der Gesetzgebung, die im Text des Berichts verhöhnt wurde. Mit der ersten Feststellung wurde Bedauern über das Rechtswesen der zaristischen Monarchie zum Ausdruck gebracht, das durch die Gesetzgebung der bolschewistischen Macht abgelöst wurde. In der Wortgruppe sogenannte „revolutionäre Gerechtigkeit“ haben wir mit der Partikel „sogenannt“ zu tun, mit der die Wahrscheinlichkeit eines Sachverhalts, bzw. die Echtheit eines Objekts oder menschlicher Intentionen in Zweifel gezogen werden. Im analysierten Artikel wurde mit „sogenannt“ der Sinn der bolschewistischen Gerechtigkeit angezweifelt, was mit einigen Beispielen der sowjetischen Rechtsprechung durch lokale Behörden veranschaulicht wurde. Durch *DARSTELLEN* der Beispiele von Verfügungen und Erlassen wurden die Leser auf Verwirrungen und juristische Inkompetenzen im sowjetischen Rechtssystem aufmerksam gemacht, auf die die Danziger Öffentlichkeit mit Unverständnis, Ungläubigkeit, Erstaunen und Entsetzen reagieren musste. Der Autor verzichtete im ersten Teil auf den Kommentar des juristischen Systems Sowjetrusslands, doch nach der Erörterung zweier Beispiele der sowjetischen Gesetzgebung erfolgte der Kommentar, in dem die sowjetischen Erlasse und Verordnungen mit der Wortgruppe eine *Bethöhung jedes gesunden Menschenverstandes* bezeichnet wurden. Bei dem Kommentar liegt also *VERSPOTTEN* der offiziellen sowjetischen Behörden über die Art der Gesetzgebung vor, die im Widerspruch zu anerkannten westeuropäischen Normen der Rechtsprechung stand. Mit dem Bericht war es möglich, die Danziger Öffentlichkeit von der Vision der kommunistischen Macht in Danzig oder in Deutschland *ABZUSCHRECKEN* und dadurch die Zahl potentieller Kommunistenwähler zu reduzieren.

In einem 1926 erschienen Bericht konnte der Leser von Arbeitsumständen erfahren, denen russische Arbeiter nach der Oktoberrevolution ausgesetzt waren. Informationen aus Sowjetrussland wurden mit einer Schlüsselphrase formuliert, die in der nachfolgenden Überschrift zu sehen ist:

Aus dem Sowjetparadies.
Der Staat ohne Arbeiterschutz.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Nirgends lebt der Arbeiter ein schöneres Leben, als in der russischen Sowjetrepublik - wollte man den täglichen Leitartikeln der deutschen kommunistischen Presse Glauben schenken. Und nirgends ist nach den gleichen Leitartikeln der Arbeiter ein so unglückliches, ausgepowertes, seiner Freiheit beraubtes, geknechtetes

Wie es im russischen Sowjet-Paradies aussieht, verrät die russische Zeitung „Trud“ vom 20. Januar. Danach haben sich allein in Petersburg die Betriebsunfälle im letzten Jahr verdreifacht, in einer einzigen Fabrik ist in sechs Monaten sogar die Jahresziffer des Vorjahres erreicht. Die Bergwerke im Dongebiet seien wegen ihrer Vernachlässigung

und den blutsaugerischen Kapitalisten und Fabrikherren ausgeliefertes Geschöpf, wie in Deutschland. Darum her mit dem Arbeitsparadies, wie es sich die russischen Arbeiter 1917 mit der Handgranate in der Faust und der Hinmordung vieler tausend guter Russen geschaffen haben!

eine Gefahr für die Arbeiter, von Jugendschutz, Achtstundentag und Ruhepausen sei hier nichts zu spüren. Im Bergarbeiterzentrum Stalino gäbe es keine Kanalisation, kein Wasser, überall sei gräßlicher, undurchdringbarer Dreck und Gestank. Auf dem Odessaer Kongress der Post- und Telegraphenbeamten sei ebenfalls Klage darüber geführt worden, daß es keinen Arbeiterschutz gäbe.

Abb. 2 DNN, 17.02.1926, S. 2.

Der Ausdruck „Paradies“ befindet sich im Wortfeld des Lexems „Jenseits“ und umfasst folgende Synonyme: *Eden, Himmel, himmlisches Königreich, bessere Welt, Insel der Seligen, Reich der Ruhe, die ewige Seligkeit* (Dornseiff 1970:511), die mit den religiösen Vorstellungen eines Lebens nach dem Tode verknüpft sind. Die durch religiöse Weltanschauung verbreitete Vorstellung der menschlichen Existenz in einer von Gott versprochenen Himmelsgegend der Glückseligkeit und des Friedens, verbunden mit dem Begriff „Paradies“, wurde im Artikel auf die Lebensumstände der russischen Arbeiter übertragen. Die Zusammenstellung des Begriffs mit den erörterten Arbeitsumständen, einer enormen Zahl von Betriebsunfälle[n], der Vernachlässigung der Bergwerke und sozialen Wohnverhältnissen, die mit Wortgruppen wie keine Kanalisation, kein Wasser, überall sei gräßlicher, undurchdringbarer Dreck und Gestank geschildert wurden, stellt einen semantischen Kontrast dar, wobei durch KONFRONTIEREN extrem unterschiedlicher Zustände der Effekt der VERSPOTTUNG der sowjetischen Wirtschaftsführung erreicht wurde. Paradoxe Weise wurde die mit dem Wort „Arbeitsparadies“ bezeichnete Existenz der russischen Arbeiter als eine von ihnen selbst mit der Handgranate in der Faust und der Hinmordung vieler tausend guter Russen geschaffene Sachlage dargestellt, in der die Arbeiterklasse der Ermordung zahlreicher Landsleute, politischer Gegner, bezichtigt wurde. In dem Sinne lässt sich von ANKLAGEN sprechen: Die russische Arbeiterklasse wird der Mordtaten an tausenden von Landsleuten angeklagt, die mit dem gestürzten System gleichgesetzt wurden. Die in der Einleitung des Berichts genannten deutschen Kommunisten wurden durch die Beschreibung der Zustände in Sowjetrußland aufgrund ihrer durch die eigenen Presseorgane verlautbarten Ideengleichheit mit der sowjetischen Arbeiterklasse in der Danziger und deutschen Öffentlichkeit BLOSSGESTELLT.

Ende der 20er Jahre konnte in den „DNN“ eine komparable Notiz über die Probleme der sowjetischen Arbeiterschaft gefunden werden.

Aus dem roten Arbeiterparadies.
 Die Unzufriedenheit der russischen Arbeiter mit der
 Bolschewistenherrschaft

hat die Moskauer Machthaber jetzt veranlaßt, den werktätigen Bevölkerungskreisen ein Zugeständnis in Form der siebenstündigen Arbeitszeit zu machen; sie haben aber klar erkannt, daß diese Arbeitszeitverkürzung die ohnehin mäßige Gütererzeugung noch weiter zurückschrauben muß, so daß letzten Endes eine empfindliche Verschärfung der recht unerträglichen Zustände eintreten muß. Infolgedessen sind gleichzeitig die Feiertage abgeschafft worden; man ist in Verbindung mit dem Siebenstundenplan zu einem Arbeitsjahr mit 360 Tagen übergegangen. An Stelle der wegfallenden Sonntage sollen zwar Ruhetage dem Arbeiter gewährt werden, doch sieht es so aus, als ob von den Arbeitspausen

nur in bescheidenem Umfange Gebrauch gemacht werden wird. Es soll auf diese Weise der entstehende Produktionsausfall wieder aufgeholt werden.

Wie man sieht, befindet sich der russische Arbeiter in einer wenig beneidenswerten Lage. Während unter dem Privatkapitalismus in den übrigen europäischen Ländern im allgemeinen der Achtstundentag gilt und außerdem noch der siebente Tag in der Woche arbeitsfrei ist, haben die Kommunisten in Rußland mit Hilfe der staatskapitalistischen Ordnung und einer völlig verfehlten Planwirtschaft die völlige Versklavung der werktätigen Massen durchgesetzt.

Abb. 3 DNN, 13.07.1929, S. 2.

In der Überschrift des Artikels konnte der Leser die Bezeichnung Paradies zusammen mit dem Attribut rot finden, verwendet zur Stigmatisierung der linksorientierten, kommunistischen Organisationen. Das Attribut *rot* wurde auch offiziell zur Bezeichnung der sowjetischen Streitkräfte als *Rote Armee* oder zur Bezeichnung der sowjetischen Militärzeitung *Roter Stern* verwendet, die unter dem gleichen Namen (Красная звезда) auch nach dem Fall der Sowjetunion erhalten geblieben ist. Die Wortgruppe *Aus dem roten Arbeiterparadies*, verwendet in Bezug auf die Situation der Arbeiter in der ehemaligen Sowjetunion, stellt ein Beispiel für die Verhöhnung der Arbeitsverhältnisse dar, nach der Entscheidung der sowjetischen Regierung über die Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden pro Tag bei gleichzeitiger Ausdehnung des Arbeitsjahres auf 360 Tage, was die Liquidierung der meisten Feiertage zur Folge hatte. Die sowjetische Macht wurde vom Autor des Artikels mit dem Ausdruck *Bolschewistenherrschaft* etikettiert, wobei das Wort *Herrschaft* sich durch Synonyme wie *Absolutismus*, *Despotismus*, *Diktatur*, *Einzelherrschaft*, *Monarchie*, *Tyrannie* (Dornseiff 1970: 453) etc. ersetzen lässt. Mit der Bezeichnung *Bolschewistenherrschaft* wurde der antidemokratische Charakter der sowjetischen Machtausübung expliziert. Die Zeitung wies im Untertitel darauf hin, dass die auf der Arbeiterklasse basierende sowjetische Macht nicht mit den Interessen der Arbeiter rechnete, was deren Unzufriedenheit über

die harten Arbeitsbedingungen zur Folge hatte. Die groteske Bezeichnung der durch die sowjetischen Behörden aufgezwungenen Arbeitsbedingungen, die sich mit denen im Arbeitslager vergleichen ließen, mit dem Begriff „Arbeiterparadies“ lässt sich sprachhandlungsmäßig als IRONISIEREN der Leistungen der sowjetischen Regierung nach zwölf Jahren Machtausübung durch DEMASKIEREN ihres inhumanen Charakters auffassen. Der Leser wurde durch fett- bzw. sperrgedruckte Textstellen auf Schlüsselwörter der Arbeitsbedingungen aufmerksam gemacht, wie Feiertage abgeschafft, Versklavung der werktätigen Massen, Produktionsausfall, wenig beneidenswerte Lage usw.

Der Korrespondent wies außerdem auf das geringe Leistungsvermögen der russischen Arbeiter und die daraus resultierende mäßige Gütererzeugung hin, die durch die Arbeitszeitverkürzung eine empfindliche Verschärfung der recht unerträglichen Zustände zur Folge haben konnte. Mit diesen Bemerkungen wurde die kommunistische Planwirtschaft als eine unproduktive Form des Schaffens bloßgestellt. Im weiteren Sinne wirkte der analysierte Bericht auf die Danziger Öffentlichkeit als eine Form der WARNUNG vor der Unterstützung der kommunistischen Ideen und Organisationen, die sich in Deutschland und Danzig nach der sowjetischen Oktoberrevolution 1917 rasant entwickelten und proletarische Ideen unter deutschen Arbeitern zu verbreiten versuchten.

Im Jahre 1927 erschien ein Artikel über die Behandlung der politischen Gegner in Russland, in dem der Korrespondent die Aktivitäten nannte, auf die nach sowjetischem Recht die Todesstrafe stand:

Wofür man in Rußland erschossen wird.
Eine schöne umfangreiche Liste.

Die kürzlich in Moskau abgehaltene Sitzung des Zentralvollzugskomitees hat ein neues Gesetz über die Bestrafung wegen revolutionärer Verbrechen beschlossen. Nach Artikel 14 dieses Gesetzes werden folgende Verbrechen als gegenrevolutionär angesehen und daher mit Erschießen und Einziehen des Eigentums bestraft:

Jede Tätigkeit, die darauf ausgeht, zum Umsturz, zur Untergrabung und Schwächung der Arbeiter- und Bauernregierung sowie der auf Grund der Konstitution gewählter Arbeiter- und Bauernsowjets beizutragen, oder aber auch die Bedrohung des Sowjetstaates durch äußere Einflüsse hervorrufft [...]

Der gleichen Strafe unterliegen Spionage, der Verrat von Staatsgeheimnissen politischer und wirtschaftlicher Art, die Untergrabung der Industrie, des Transports und Handels, des Geldumsatzes und Kredit systems, sowie der Kooperative. Terroristische Akte gegen Vertreter der Sowjetregierung, die Zerstörung von Bahnen und anderer dem Verkehr dienender Mittel, Propaganda oder Agitation gegen die Sowjetmacht, Verbreitung und Aufbewahrung gegenrevolutionärer Literatur, Aufhetzung zum Aufbruch unter Benutzung religiöser oder nationaler Vorurteile, sowie jedwede Tätigkeit,

die darauf gerichtet ist, die genannten Vergehen hervorzubringen, auch wenn diese nicht zur Ausführung gelangen sollte, unterliegen der Todesstrafe.

Abb. 4 DNN, 7.03.1927, S. 2

Der Autor formulierte die Überschrift in Form einer Frage, die im Text beantwortet wurde. In der Einleitung informierte er über die Verabschiedung eines Gesetzes zur Bestrafung wegen revolutionärer Verbrechen, was sich in der Kategorie der Sprachhandlungen als MITTEILEN eines Ereignisses qualifizieren lässt. Im weiteren Teil folgte das AUFZÄHLEN von Handlungen und Aktivitäten, die durch das verabschiedete Gesetz mit der Todesstrafe bestraft wurden. Unter zahlreichen Aktivitäten wie Verrat von Staatsgeheimnissen politischer und wirtschaftlicher Art, die Untergrabung der Industrie, des Transports und Handels, des Geldumsatzes und Kreditystems, die in europäischen Ländern mit Gefängnisstrafe bedroht waren, wurden auch Handlungen wie Propaganda oder Agitation gegen die Sowjetmacht, Verbreitung und Aufbewahrung gegenrevolutionärer Literatur genannt. Beim AUFZÄHLEN der strafbaren Taten wurde der Sperrdruck zum HERVORHEBEN der Strenge des sowjetischen Gesetzes gegenüber den politischen Gegnern verwendet, die durch den Bericht in der Danziger Öffentlichkeit Mitleidsgefühle auslösen konnten.

Die Zeitung berichtete gelegentlich von Vorfällen der Unzufriedenheit russischer Bevölkerungsgruppen über die Art der Machtausübung durch die sowjetischen Behörden. Über die Formen der Proteste berichtete ein Artikel aus dem Jahre 1928:

**Haß der russischen Bauern.
Gegen die bolschewistischen Dorfkorrespondenten.**

Wie aus Moskau gemeldet wird, trat auf der Allrussischen Journalistenkonferenz Frau Krupskaja, die Witwe Lenins, mit einem Bericht über die Lage der sogenannten Dorfkorrespondenten inmitten der bäuerlichen Bevölkerung hervor. Dieser Bericht zeigt, daß die Verfolgung der Dorfkorrespondenten ständig wächst. Im vergangenen Jahr wurden in den Dörfern 13 Korrespondenten getötet. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind im ganzen 32 Korrespondenten auf dem Lande Mördern zum Opfer gefallen.

Der Haß der Bevölkerung gegen die Dorfkorrespondenten ist um so größer, als letztere meistens auch Glieder der Steuerkommission sind. Auch in den Städten kommen Ueberfälle auf Arbeiterkorrespondenten vor, doch spielen sich diese, wie der Bericht meldet, in mehr „kulturellem“ Rahmen ab, wie im Dorf. Daß die Dorfkorrespondenten bei der bäuerlichen Bevölkerung nicht sonderlich beliebt sind, ist kein Wunder, denn oft sind es ihre Berichte, die die Aufmerksamkeit des Zentralausschusses auf ein stilles Dorf und seine Bewohner richten.

Abb. 5 DNN, 6.10.1928, S. 2.

Aus der Überschrift und dem begleitenden Untertitel konnte der Leser von der Beziehung der russischen Bauern zu Vertretern der sowjetischen Macht, den sogenannten Dorfkorrespondenten erfahren, deren Aufgabe, laut dem Bericht, in der Ermittlung, Sammlung und Weiterleitung von Informationen über Bauern, ihren Besitz, ihre Kontakte und Meinungen usw. an die Beamten höherer Instanz bestand und die unzufriedene Dorfbewohner, Kritiker der sowjetischen Macht, steuerlich und politisch erpressen konnten. Die Gewaltsamkeiten der Bauern gegenüber den Dorfkorrespondenten zeigten den Lesern die Beziehung der russischen Dorfbewohner zu dem neuen Machtsystem, die durch Misstrauen, Unwillen, Verdrossenheit gegenüber den Bolschewiki gekennzeichnet war. Der Autor des Berichts wies auf die steigende Tendenz im Bereich der Gewaltakte gegen Beauftragte der sowjetischen Macht hin, die von einer wachsenden Zahl von Gegnern des Systems zeugen konnte. Die Feindseligkeiten und Mordfälle an Dorfkorrespondenten und in den Städten an Arbeiterkorrespondenten, deren Berichte die Aufmerksamkeit des Zentralausschusses auf ein stilles Dorf und seine Bewohner richteten, ließen vermuten, dass das Bauern- und Arbeitermilieu fortwährend bespitzelt wurde, so dass der Durchschnittsbürger sich stets ausspioniert fühlen konnte. Die Vorstellung eines Volkes, voll von Zuträgern, Spitzeln und Spionen, die bereit waren, ihre Nachbarn oder Familienmitglieder anzuzeigen, musste in der Danziger Öffentlichkeit mit Entsetzen wahrgenommen werden und wirkte als WARNUNG vor der Beteiligung, bzw. Unterstützung der kommunistischen Vereine, Verbände oder Parteien.

Zum Schluß der Charakteristik der Berichte aus den 1920er Jahren präsentieren wir einen Bericht aus dem Jahr 1929 über die sozialen Aspekte der Erziehung von russischen Kindern durch den Sowjetstaat:

Das Kinderelend im Sowjetparadies. Eine Generation von Bettlern und Verbrechern.

Mit dem Beginn der besseren Jahreszeit und der Rückkehr der Zugvögel vollzieht sich in Rußland eine merkwürdige menschliche Wanderung, die mit dem Vogelzug manches gemein hat: die große Schar der Kinder=Vagabunden kehrt aus dem Süden, aus der Krim und dem Kaukasus, nach Moskau und Petersburg zurück, um dort ihr Bettler= und Verbrecherleben wieder aufzunehmen.

Die Frage der heimatlosen Kinder ist in Rußland seit dem Jahre 1924 aktuell, als Lenins Witwe, Frau Krupskaya, ihren Warnungsruf erhob und Maßnahmen zur Rettung dieser

Sie leben in Banden, haben ihre besonderen Führer und ihre eigene Sprache [...] Alle leeren Gebäude, Baracken und Keller sind von solchen Banden besetzt; oft heiraten sie schon im Alter von 12 oder 13 Jahren. Viele dieser Kinder sind geschickte Schmuggler, manche Verbrecher, die allmählich zu richtigen Räubern werden. [...]

Die bolschewistische Anschauung, daß der Staat der beste Kindererzieher ist und nicht die Eltern, hat ein völliges Fiasko erlitten. Die staatlichen Heime, in denen stets nur ein Bruchteil der kindlichen Vagabunden untergebracht war, haben alles Vertrauen verloren. Die große Menge der kindlichen Zugvögel, die

kleinen Nomaden forderte. Es wurden damals bettelnd und stehend von Ort zu Ort wandern, etwa 7 Millionen Kinder festgestellt, von ist geblieben als eine Erscheinung, die kein anderen zunächst 800 000 in Heimen untergebracht deren Land außer dem bolschewistischen Rußland wurden. aufweist.

Abb. 6 DNN, 5.04.1929, S. 2

Der untersuchte Bericht gehört in die Reihe der Berichte aus Sowjetrussland, die unter der Parole „sowjetisches Paradies“ erschienen. Die Überschrift des Artikels führte den Leser in die Thematik ein, die in emotionaler Hinsicht Aufmerksamkeit verdient. Der Korrespondent erörterte die soziale Not der Kinder in Russland, die außerhalb der familiären sowie staatlichen Fürsorge vernachlässigt wurden. Das metaphorische VERGLEICHEN der Wanderungen von Kinderscharen zwischen diversen Regionen Russlands mit Zugvögeln verdeutlichte das tragische Schicksal von Millionen von Kindern, die für ihre Existenz, in der Regel auf kriminellem Wege, selbst zu sorgen hatten. Die Beschreibung der Lebensumstände von obdachlosen Kindern lässt sich in der Kategorie der BRANDMARKUNG der sowjetischen Behörden beschreiben. Es mangelt ihnen an Interesse an der sozialen Entwicklung von Kindern, die in den meisten Ländern als oberste Pflicht des Staates betrachtet wird.

Zusammenfassend ergibt sich aus der Lektüre der Presseberichte aus den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts ein düsteres Bild des nach der Oktoberrevolution 1917 gebildeten sowjetischen Staates, in dem Mängel in der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern, dürftige Wohnzustände, die Verfolgung der politischen Gegner durch allgegenwärtige Bespitzelung der Gesellschaft von Beauftragten der sowjetischen Macht den Alltag der russischen Bürger bestimmten.

Die 30er Jahre

Die Analyse des Pressematerials aus dem vierten Jahrzehnt ergab eine umfangreiche Gruppe von Berichten aus der Sowjetunion zu diversen Aspekten der Machtausübung durch die Kommunisten. Die Korrespondenten berichteten, wie im vorangegangenen Jahrzehnt, über Lebensumstände der Durchschnittsbürger und Effekte der Machtausübung. Im untersuchten Zeitraum konnte eine Reihe von Berichten gefunden werden, in denen die Behandlung der politischen Gegner durch die Sowjets erörtert wurde. Der folgende Bericht aus dem Jahre 1936 illustriert die Behandlungsmethoden gegen Kritiker der sowjetischen Diktatur:

**Sowjetführer
vernichten ihre Gegner.**
Lauter Todesurteile im Moskauer Terroristenprozess.

Der Moskauer Terroristenprozess ist zu Ende gegangen. Der Sowjetapparat hat die Gelegenheit, seine Feinde anzuprangern, nicht ungenützt vorübergehen lassen. Der Staatsanwalt beantragte am Schluß der Beweisaufnahme mit den Worten:

„Tolle Hunde
müssen niedergeschossen werden“
gegen alle sechzehn Angeklagten das
Todesurteil.

Er erklärte: „Ich schließe mich an der Ansicht von Millionen schaffender Menschen und fordere den Tod aller Angeklagten. [...]“

„Die Kommunistische Partei
fordert die Beseitigung und die
Vernichtung aller Verschwörer.“

Am Sonnabend wurde dann den Angeklagten der Reihe nach das Schlusswort erteilt [...]

Sämtliche Angeklagten bemühten sich, wenn irgend möglich, noch ihr Leben zu retten.

Sie versuchten das teils durch Selbstanklagen, indem sie sich als „faschistische Hunde“ bezeichneten, teils durch schwere Vorwürfe gegen andere, insbesondere gegen Trotzki.

Als einziger unter den Angeklagten deutete der frühere Volkskommissar Smirnow wenigstens die Gründe an, die ihn zur Opposition gegen den Stalinkurs veranlaßt hätten, nämlich die „schweren Zeiten in der Ukraine 1932“ (worunter die Hungerkatastrophe zu verstehen ist), das überstürzte Tempo der Zwangskollektivierung [...]

Abb. 7 DNN, 24.08.1936, S. 2

Mit der Überschrift des Artikels vermittelte der Korrespondent das Thema: die Behandlung von Gegnern des sowjetischen Systems als Verbrecher, die, laut den Sowjetführern, eine harte Strafe verdient hätten. Aus dem Untertitel konnte der Leser vom Ergebnis einer Gerichtsverhandlung erfahren, in der die politischen Gefangenen, als Terroristen bezeichnet, wegen ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit zu Todesstrafen verurteilt wurden. In der Einleitung des Berichts informierte der Autor über den Abschluss eines gerichtlichen Prozesses gegen eine Gruppe von Oppositionellen, die eines Attentats auf einen kommunistischen Parteifunktionär angeklagt wurden. Im Bericht wurde der Staatsanwalt ZITIERT, der in seiner Ansprache die Täter mit der Wortgruppe Tolle Hunde bezeichnete. Mit dieser Beschimpfung hat der Korrespondent die inhumane Handlungsweise der sowjetischen Beamten HERVORGEHOBEN, die mit Gegnern der Sowjets gnadenlos umgingen. Das Zitat wirkt mit hervorgehobenen fettgedruckten Stellen wie ein BRANDMARKEN der sowjetischen Machthaber aufgrund der kompromisslosen Bekämpfung der politischen Gefangenen, die, laut den Richtern, in der Bevölkerung Unruhe stifteten und sich kritisch über die bolschewistische Machtausübung äußerten. Die von einem Angeklagten geäußerte Selbstkritik seiner Mittäterschaft

wies auf zwanghafte Hintergründe jenes Zugeständnisses hin und konnte sich auf die Leser der „DNN“ in Form des BEMITLEIDENS von Angeklagten auswirken. Die Berichte von der Verfolgung politischer Oppositioneller in Sowjetrußland erschienen in unregelmäßigen Zeitabständen und machten das Publikum auf die rücksichtslose antidemokratische Art der Machtausübung durch die Sowjets aufmerksam. In einem Artikel vom Jahre 1930 berichtete der Korrespondent über die Existenzbedingungen von politischen Häftlingen in sowjetischen Lagern:

Aus einem russischen Konzentrationslager
Das Loß der politischen Gefangenen in Sowjetrußland.

Der estländische Kaufmann Paerli, einer der estländischen Gefangenen, die dieser Tage bei einem Gefangenen austausch [...] in die estländische Heimat zurückkehren konnte, berichtet [...] grauenerregende Einzelheiten über die Verhältnisse in dem sowjetrußsischen Konzentrationslager [...]

Paerli war zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er erzählte, daß die Gefangenen unter Anwendung drakonischer Maßnahmen zu Waldarbeiten gezwungen wurden, wobei sie im Laufe des Jahres nur zwei freie Tage, und zwar die Jahrestage der Proklamation des Sowjetstaates, hatten, die übrigen 363 Tage mußten sie ununterbrochen arbeiten. Dabei nicht etwa nur 8, sondern fast regelmäßig 16 bis 17 Stunden. Trotz der im hohen Norden besonders schweren Waldarbeit wurden die Gefangenen sehr schlecht gepflegt und gekleidet. Die Gefangenen glichen lebenden Lumpenhaufen.

Da in dem Konzentrationslager keine Ba-demöglichkeit vorhanden war, herrschten dort nicht nur unausgesetzt Krankheiten, an denen die unterernährten Gefangenen starben, sondern auch die scheußlichsten Hautkrankheiten bei grauenerregenden Mengen von Ungeziefer jeder Art. Die Behandlung der Gefangenen war denkbar roh, durchweg war die Prügelstrafe an der Tagesordnung, und zwar wiederholt bis zur Bewußtlosigkeit der Bestraften.

Unter den Gefangenen herrscht die allergrößte Verzweiflung, so daß Selbstmordversuche und Selbstverstümmelungen bis zum Abhacken ganzer Gliedmaßen immer wieder vorkamen. Besonders ekelhaft waren die durch schlechte Ernährung und Kleidung entstandenen Frostschäden bei zahlreichen Gefangenen. Die abgefrorenen Gliedmaßen vereiterten infolge der großen Unsauberkeit und verbreiteten einen unaussprechlichen Gestank. [...]

Abb. 8 DNN, 25.04.1930, S. 2

Der präsentierte Bericht stützt sich auf die Darstellung eines ehemaligen estländischen Häftlings eines sowjetischen Lagers. In dem Sinne haben wir es sprachpragmatisch mit ÜBERTRAGEN von Informationen eines Augenzeugen in Form der indirekten Rede zu tun, der die Echtheit der übertragenen Informationen zu gewährleisten hatte. In der Darstellung treten zahlreiche attributive Wortgruppen auf, die Lebensbedingungen der Häftlinge illustrieren sollten, wie drakonischer Maßnahmen, besonders schweren Waldarbeit, sehr schlecht

verpflegt und gekleidet, die unterernährten Gefangenen, die scheußlichsten Hautkrankheiten, grauerregenden Mengen von Ungeziefer jeder Art, die allergrößte Verzweiflung, Die abgefrorenen Gliedmaßen, infolge der großen Unsauberkeit, unaussäthlicher Gestank. Durch die zahlreichen Attribute mit explizit negativen Konnotationen erschloss sich ein grauenvolles Bild der physischen und psychischen Misshandlung von Häftlingen durch die sowjetische Lagerleitung. In der Kategorie der Sprachhandlungen liegt bei der Darstellung ENTLARVEN der Handlungsmethoden der Bolschewiken gegenüber politischen Gegnern vor, die laut dem Bericht der physischen Vernichtung durch unmenschliche Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen ausgesetzt waren. Der Bericht lässt sich als ANKLAGE des sowjetischen Systems wegen der Versklavung von Gefangenen und deren Ausnutzung zur Zwangsarbeit unter unerträglichen Bedingungen auffassen. Die Grausamkeiten des sowjetischen Systems wurden mehrmals zum Thema der Korrespondenzen in den „Danziger Neuesten Nachrichten“, mit denen Abneigung, Abscheu und Angst der Danziger und deutschen Öffentlichkeit gegenüber dem Sowjetreich wachgehalten werden sollten.

Die untersuchte Zeitung veröffentlichte in den 30er Jahren auch Artikel über die Beziehung der sowjetischen Behörden zu Religion und Kirche. Mit der Oktoberrevolution 1917 vollzog sich ein Wandel in der Beziehung des Staates zur Kirche. Die russische Bevölkerung befand sich unter starkem Einfluss der griechisch-katholischen Kirche. Die kommunistische Ideologie war materialistisch orientiert und lehnte religiöse Vorstellungen ab. Der Machtwechsel nach 1917 brachte eine planmäßige Reduzierung des kirchlichen Einflusses im Leben der Sowjetmenschen. Die kirchlichen Institutionen waren Schikanen jeder Art ausgesetzt, die Kirchen wurden in öffentliche Objekte umgewandelt, Geistliche wurden vertrieben oder inhaftiert, die Religion wurde aus dem Schulprogramm verdrängt. Die Behandlung der Kirche und ihrer Vertreter durch den sowjetischen Machtapparat illustriert ein Bericht aus dem Jahre 1932:

Bolschewismus und Kirche. Ein Vortrag von Dr. von Holt.

Nachdem der Vortragende so die eigenartigen Charaktermerkmale russischen religiösen Gefühls dargestellt hatte, legte er das Schwergewicht seiner Ausführungen auf den Kampf des bolschewistischen Regimes gegen die Kirche. Er zeigte, in wie verschiedenen Etappen vom Kriegskommunismus über den Leninismus zum Stalinismus dieser Kampf sich abgespielt hat, und ließ keinen Zweifel darüber, daß es sich

An Hand von Beispielen schilderte er die Methoden, mit denen in Sowjetrußland Weihnachts- und Osterbräuche ausgerottet werden und es den Gläubigen unmöglich gemacht wird, ihren religiösen Gewohnheiten äußerlich Ausdruck zu geben. Besonders wies er auf das verheerende Spitzelwesen hin, das sogar dazu führt, Kinder zu Denunzianten ihrer Eltern zu erziehen und die Familie als letzten Hort religiösen Lebens zu sprengen. [...]

hier um einen der furchtbarsten Vorstöße gegen eine christliche Kirche handele, der jemals unternommen worden ist. Ein Vorstoß, der eigentlich die ganze Christenheit zu gemeinsamer Abwehr zusammenschließen müßte.

Er schloß mit der Bemerkung, daß der Bolschewismus nicht nur materiell, sondern auch seelisch die Menschen arm gemacht habe; ob er sie auch reich machen könne, sei mehr als zweifelhaft.

Abb. 9. DNN, 12/13.11.1932, S. 6.

Der Artikel erschien in Form einer Zusammenfassung eines Vortrags über das Verhältnis der Bolschewiken zur russischen Kirche, das vom Redner mit der Wortgruppe Kampf des bolschewistischen Regimes gegen die Kirche bezeichnet wurde. Bei dem Syntagma Ein Vorstoß, der eigentlich die ganze Christenheit zu gemeinsamer Abwehr zusammenschließen müßte liegt ein Versuch vor, die Gemeinschaft der Gläubigen über die Bekämpfung der russischen Kirche AUFZUKLÄREN. Im weiteren Teil des Artikels wurden Beispiele der sowjetischen Vorstöße gegen die Kirche angegeben, mit denen die sowjetischen Machthaber GEBRANDMARKT wurden. Während der angeführte Artikel die von den sowjetischen Behörden angestrebten Maßnahmen gegen die russische Kirche darstellte, präsentiert der folgende Bericht die Beziehung der Sowjetbürger zur Frage der Existenz von Kirchen in ihrer Umgebung:

Aus Rußland.

Kirchenschließung mit „brausendem Hurra“.

Aus Moskau wird gemeldet: Die Kampagne zur Schließung der Kirchen wird mit allem Nachdruck fortgesetzt. In Tschita in Ostsibirien zog eine Menge von etwa 10 000 „Werkstätigen“ mit Fahnen und Plakaten vor das Gebäude des Bezirksexekutivkomitees und stellte die „Forderung“, daß alle Kirchen und sonstigen Kulturgebäude der Stadt sofort geschlossen werden sollten. Das Bezirksexekutivkomitee und der Stadtsowjet traten sogleich zu

einer besonderen Sitzung, zusammen, die den Beschluß faßte, die Kirchenschließung zu vollziehen und die Gebäude „für Zwecke der proletarischen Kultur“ nutzbar zu machen. Die Bekanntgabe dieses Beschlusses wurde von der versammelten Menge „mit einer stürmischen Ovation und brausenden Hurrarufen“ aufgenommen. Die Demonstranten veranstalteten sodann einen Fackelzug.

Abb. 10 DNN, 24.02.1930, Beilage

Aus dem Untertitel konnte der Leser von einer Werbeoffensive für die Kirchenschließung erfahren, die in Sowjetrußland eingesetzt hatte. Der Korrespondent der „DNN“ berichtete über das Auftreten von Bewohnern einer ostsibirischen Stadt, die im Bericht mit der Wortgruppe Menge von etwa 10 000 „Werkstätigen“ bezeichnet wurden. Durch die Verwendung der

Anführungszeichen bei dem Substantiv *Werkstätige* zog der Autor des Berichts die Identität der an der Kundgebung beteiligten Personen in Zweifel und suggerierte die Beteiligung von Anhängern des sowjetischen Regimes an der Kundgebung mit dem Zweck, die Aktion gegen die Kirche als eine von Bewohnern initiierte Handlung erscheinen zu lassen. Das BEZWEIFELN des spontanen Charakters der kirchenfeindlichen Aktivitäten der russischen Werkstätigen geht aus dem angegebenen Sinn der Kirchenschließung, nämlich „für Zwecke der proletarischen Kultur“ hervor. Der Berichterstatter wies damit auf die ideologischen Hintergründe der kirchenfeindlichen Handlungen hin. Zum Schluß des Berichts wurden die Leser über die Reaktion der versammelten Menge „mit einer stürmischen Ovation und brausenden Hurrarufen“ auf den Beschluss des Exekutivkomitees und des Stadtsowjets über die Schließung der Kirchen informiert. Die Verwendung der Anführungszeichen konnte auf eine Sprachhandlung hinweisen, nämlich auf EXPLIZIEREN der antireligiösen Tendenzen im sowjetrussischen Staat durch die Redakteure der untersuchten Zeitung.

Die Berichterstatter der „DNN“ informierten ihre Leser auch über die sozialen Bedingungen, unter denen die Bürger Sowjetrußlands arbeiteten und lebten. Außerdem vermittelte die Zeitung Nachrichten über die Bemühungen der sowjetischen Machthaber, angesichts der allgemeinen Mängel und Probleme in der Belieferung der Läden mit Lebensmitteln und sonstigen lebenswichtigen Artikeln, die mangelnde Arbeitsproduktivität in der Industrie und Landwirtschaft zu erhöhen. Die Situation auf dem sowjetischen Markt illustrierte ein Artikel aus dem Jahre 1930:

Der Warenmangel in Sowjetrußland.

Es fehlt an allem.

In dem aus Anlaß der Vorbereitung des Kongresses der Kommunistischen Partei der „Prawda“ beigegebenen sogenannten Diskussionsblatt wird jetzt, wie aus Moskau gemeldet wird, über den katastrophalen Warenmangel auf allen Gebieten bewegt geklagt. Der Warenhunger, so heißt es da, wachse mit jedem Tag. In allen Genossenschaftsgeschäften seien die Verkaufsläger leer. Bekleidungsgegenstände, Papier, Zucker, Lebensmittel und andere Bedarfsartikel des täglichen Lebens seien so gut wie überhaupt nicht vorhanden. Selbst an Seife, Streichhölzern, Tabak usw. fehlt es überall.

Die vorhandenen Vorräte seien bald ganz erschöpft, so daß die Rationierung immer schärfer werde. Gewöhnlich gibt man diese Waren einem Kunden nur, wenn er sich verpflichtet, auch andere Gegenstände zu kaufen. Das Moskauer Blatt sagt schließlich, daß durch diese katastrophale Entwicklung die Industrialisierung des Landes gefährdet werde und fordert, daß der Parteikongress sich ernstlich mit diesem Problem befaßt, da die bisher gefundenen Lösungen nicht ausreichen, um den Bedarf auch nur zu einem geringen Prozentsatz zu befriedigen.

Abb 11 DNN, 6.06.1930, S. 1.

Das Substantiv „Warenmangel“ wurde in der Publizistik über die Sowjetunion zum Schlüsselwort bei der Charakteristik der russischen Wirtschaft nach der Oktoberrevolution. In den 1930er Jahren erfuhren die Leser der „DNN“ häufig von Schwierigkeiten der sowjetischen Behörden bei der Belieferung von Läden mit lebensnotwendigen Gütern. Der Autor des Berichts listete die mangelnden Güter auf: Bekleidungsgegenstände, Papier, Zucker, Lebensmittel und andere Bedarfsartikel des täglichen Lebens. In der Kategorie der Sprechhandlungen lässt sich dies als AUFZÄHLEN qualifizieren. Der dabei verwendete Fettdruck AKZENTUIERTE die sozialen Nöte der russischen Bürger. Im Satz Selbst an Seife, Streichhölzern, Tabak usw. fehlt es überall, wurde die Partikel selbst als Mittel der HERVORHEBUNG verwendet, um den Lesern den Ernst der Lage im sowjetrussischen Reich vor Augen zu führen. Der Korrespondent brachte die Meinung einer Moskauer Zeitung über die dringliche Notwendigkeit der Versorgung des Marktes, da durch diese katastrophale Entwicklung die Industrialisierung des Landes gefährdet werde. Mit der Wiedergabe der Ansichten russischer Korrespondenten, die sich über die schwere Wirtschaftslage in Russland äußerten, war es dem Autor dieses Berichtes möglich, Informationen über die Entwicklung im sowjetischen Staat wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Mit den Worten der russischen Korrespondenten wurde das sowjetische Regime für seine Unfähigkeit einer effektiven Wirtschaftsführung KRITISIERT, die den Lebensstandard der russischen Bürger wesentlich herabgesetzt hatte. Die von den Sowjets eingeführte Planwirtschaft erwies ihre Schwächen, die im letzten Satz des Berichts zum Ausdruck kamen, in dem schnelle Entscheidungen zur Linderung der Situation auf dem Markt gefordert wurden, da die bisher gefunden Lösungen nicht ausreichten, um den Bedarf auch nur zu einem geringen Prozentsatz zu befriedigen. Die Schilderung der Wirtschaftslage wirkte außerdem als eine Form der WARNUNG vor dem Ausbreiten der kommunistischen Ideologie im Deutschen Reich und in der Freien Stadt Danzig. Den Lesern wurden mit diesem und ähnlichen Berichten aus Sowjetrussland die Gefährdung durch die „rote Pest“, wie die Sowjetmacht bezeichnet wurde, ständig bewusst gemacht.

Die Korrespondenten der „DNN“ brachten in ihren Berichten aus Russland Informationen über die Existenzbedingungen der russischen Arbeiterklasse im sowjetischen ‚Arbeiter- und Bauernstaat‘. Man unterrichtete die Leser der Zeitung über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der russischen Arbeiter sowie über die Beziehung der sowjetischen Regierungsbehörden zu den Problemen der Arbeiterklasse. In einem Bericht der Zeitung aus dem Jahre 1930 konnte man von den behördlichen Bemühungen erfahren, die angesichts der unablässig auftretenden Mängel in den russischen Läden zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität der russischen Arbeiter beitragen sollten. Der Korrespondent der „DNN“ schrieb in seinem Bericht:

**Die Peitsche über sowjetrussische Arbeiter.
Befehl zur Erhöhung der Arbeitsleistung.**

Das Arbeitskommissariat in Moskau erließ zwecks Erhöhung der Arbeitsleistung neue Verordnungen, durch die strengste Disziplin in der Arbeitstätigkeit erreicht werden soll. Arbeiter, die die Disziplin systematisch verletzen, werden künftig fristlos und ohne Entschädigung entlassen und dürfen sechs Monate in keinem anderen Betrieb beschäftigt werden. Wenn die Verletzung der Disziplin in böser Absicht geschieht, werden die Arbeiter strafgerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Falls ein Arbeiter die Betriebsleitung nicht rechtzeitig davon unterrichtet, daß ein durch ihn hergestelltes Erzeugnis untauglich ist, verliert er den Anspruch auf Lohnauszahlung.

Diese drakonische Verordnung ergänzt die frühere, die einen freiwilligen Wechsel der Arbeitsstelle verbietet, und wurde erlassen, um die mögliche Beschleunigung des Tempos der Erfüllung des Fünfjahresplans durchzuführen, die durch das Plenum des Vollzugsausschusses der Partei gefordert wird.

Aus diesem Erlaß spricht der brutalste Machtstandpunkt, den man sich zwischen dem Staat als Unternehmer und der Arbeiterschaft denken kann. Zu kommunistischen Agitationszwecken auf deutschem Boden ist diese Verordnung, die den Arbeiter zum rechtlosen Sklaven herunterdrückt, allerdings kaum verwertbar.

Abb. 12 DNN, 27.12.1930 S. 1

Die Bezeichnung der Behandlung der russischen Arbeiter durch die sowjetischen Behörden mit dem Begriff Die Peitsche über sowjetrussische Arbeiter lässt sich in der Kategorie der Sprechhandlungen als eine Form des STIGMATISIERENS der russischen Methoden auffassen, die in der Vorstellung der Danziger Leser verurteilt werden mussten. Mit der Bezeichnung des Werkzeugs Peitsche, Symbol der Bestrafung, wurde metaphorisch auf die Härte hingewiesen, mit der die russischen Arbeiter in ihrem Alltag zu existieren hatten. Der Autor des Berichts machte die Leser mit neuen Verordnungen der sowjetischen Regierung bekannt, durch die strengste Disziplin in der Arbeitstätigkeit erreicht werden soll. Nach den verlauteten Verordnungen werden Arbeiter, die die Disziplin systematisch verletzen, [...] künftig fristlos und ohne Entschädigung entlassen. Die durch Fettdruck markierten Phrasen sind Indizien der ARTIKULIERUNG der Rigorosität der sowjetischen Machthaber in ihrer Beziehung zu den Arbeitern. Wir machen dabei auf die hyperbolische Ausdrucksweise aufmerksam, die in Wortgruppen mit Superlativen wie strengste Disziplin oder der brutalste Machtstandpunkt zum Vorschein kam. Die angeführte Darstellung konnte außerdem als ein WARNEN vor der Ausbreitung kommunistischer Ideologien in Europa verstanden werden. Mit dem letzten Satz des Berichts kam eine ERLEICHTERUNG zustande, dass die sowjetische Lösung der Arbeiterprobleme auf deutschem Boden kaum verwertbar zu sein schien. Alarmierende Nachrichten aus Sowjetrussland, mit denen die Danziger Öffentlichkeit in eine Atmosphäre der Verängstigung versetzt

werden sollte, gehörten zu den leitenden Motiven in der Gruppe der Berichte aus dem Ausland.

Zum Schluss der vorliegenden Analyse bringen wir einen Bericht aus dem Jahre 1930 über die Reaktion der sowjetischen Herrscher auf Anzeichen der Unzufriedenheit über das Sowjetsystem.

Schreckensherrschaft im Kaukasus.

Nach Meldungen aus Baku üben die sowjetrussischen Behörden in der Umgebung der Stadt eine geradezu grauenhafte Terrorpolitik aus, die sich gegen die dortige Bevölkerung richtet, aus deren Mitte vor einiger Zeit ein Aufstand gegen das Sowjetsystem organisiert worden war. Die Aufständischen mußten der Uebermacht weichen und flüchteten in die nahegelegenen für den Uneingeweihten nicht zugänglichen Gebirge, wo sie sich verborgen halten.

Die sowjetrussischen Behörden schritten dann zur Verhaftung zahlreicher Bürger Baku, die ohne jeden Schatten eines Beweises

wegen angeblicher Beteiligung an dem Aufstand standrechtlich erschossen wurden. Die Stadt Schuscha, in der es den Aufständischen gelang, sich fast vierzehn Tage zu halten, wurde auf Befehl des Kommandanten der Roten Armee vollkommen ausgeplündert. Andere Ortschaften wurden durch Artilleriefeuer dem Erdboden gleichgemacht. In dem amtlichen Bericht des Obersten Heereskommandos heißt es, daß die Erfolge der Roten Armee vornehmlich der Anwendung von Giftgasen zu verdanken seien [...].

Abb. 13 DNN, 7.06.1930, S. 3

Bei der BENENNUNG der sowjetischen Machtausübung mit dem Begriff Schreckensherrschaft erscheint das Substantiv „Herrschaft“, das bei einem früher erwähnten Bericht (Abb. 4) in der Zusammensetzung Bolschewistenherrschaft verwendet wurde. Der Inhalt des präsentierten Berichts bestätigte durch das BESCHREIBEN grauenvoller Zustände in einer kaukasischen Stadt, die durch den Einsatz der Roten Armee gegen die protestierende Bevölkerungsgruppe herbeigeführt wurden, die Neigung der sowjetischen Herrscher zur Dämpfung der Unzufriedenheit im eigenen Land.

Fazit

Das präsentierte publizistische Material wurde in einigen thematischen Gruppen in Bezug auf die verwendeten Sprachhandlungen untersucht. Die kontrastive Untersuchung der ausgesonderten Gruppen von Presseberichten aus den 1920er und 30er Jahren weist folgende Struktur auf:

Themenbereiche		
	Die Zwanziger Jahre	Die Dreißiger Jahre
sowjetische Machtausübung	IRONISIEREN der Absurdität der Gesetze im Sowjetstaat; DARSTELLEN von unsinnigen Erlassen; VERSPOTTEN der sowjetischen Wirtschaftsführung;	HERVORHEBEN der Mängel auf dem russischen Markt; KRITISIEREN der Wirtschaftsführung; AUFZÄHLEN der fehlenden Waren
Arbeits- und Wohnbedingungen	KONFRONTIEREN der biblischen Glücksvorstellungen mit der beruflichen und sozialen Not der Arbeiter; ANKLAGEN wegen der Ermordung von russischen Landsleuten	ANKLAGEN wegen der Versklavung von Menschen; ARTIKULIEREN der Härte gegenüber den Arbeitern
Behandlung von Kritikern des sowjetischen Systems	DEMASKIEREN der inhumanen Behandlung der Gegner; WARNEN vor kommunistischen Organisationen; HERVORHEBEN der Strenge des sowjetischen Gesetzes	ZITIEREN von Beschimpfungen der politischen Gegner; BRANDMARKEN der rücksichtslosen Bekämpfung der Gegner; ÜBERTRAGEN von Augenzeugenberichten über Lebensbedingungen der Insassen eines Konzentrationslagers; BESCHULDIGEN der Ermordung von Häftlingen
Soziale Leistungen des Sowjetstaates	BESCHREIBEN der sozialen Not der Bedürftigen; BRANDMARKEN der staatlichen Beeinträchtigung der Kinderbetreuung	
Beziehung des Sowjetstaates zur Kirche		AUFKLÄREN über die Bekämpfung der Kirche in Russland; BRANDMARKEN der Maßnahmen gegen die Kirche; BEZWEIFELN der kirchenfeindlichen Initiativen der russischen Bürger; EXPLIZIEREN der antireligiösen Tendenzen im Sowjetstaat.

Aus der tabellarischen Zusammenstellung der thematischen Gruppen von Berichten der „Danziger Neuesten Nachrichten“ und verschiedenen Typen von Sprechhandlungen ergeben sich einige Differenzen in der Struktur der Motive und der dabei verwendeten Sprechakte. Mitteilungen über die sowjetische Machtausübung waren in den 20er Jahren reichlich und die Leser wurden nachhaltig durch IRONISIEREN über absurde Erlasse der sowjetischen Macht konfrontiert; die Wirtschaftsführung der sowjetischen Machthaber wurde in der Regel VERSPOTTET. Im nachfolgenden Jahrzehnt wurde die Serie der kritischen Artikel über die sowjetische Wirtschaftsführung fortgesetzt und u.a. auf Versorgungsprobleme durch AUFZÄHLEN der auf dem sowjetischen Markt fehlenden Waren hingewiesen. Die Publizisten akzentuierten nachdrücklich das marode Wirtschaftssystem in Russland durch Benennung der Zustände und Sachverhalte mit fett- bzw. sperrgedruckten Begriffen. Berichte

über Versorgungsprobleme sowie nachlässige Produktivität vermischten sich mit Informationen über die Arbeits- und Wohnbedingungen der russischen Arbeiter, wobei die Korrespondenten auch über armselige Wohnbedingungen und die strenge Disziplin am Arbeitsplatz schrieben. Auffällig wurde hier die fortwährende Verwendung von Zusammensetzungen mit dem Grundwort „Paradies“. Begriffe wie „Arbeitsparadies“, „Sowjetparadies“ wurden in den Berichten der 1920er und 30er Jahre zu Schlüsselwörtern in der Publizistik der „DNN“ und legten ein Zeugnis von der bewußten Ironisierung der Arbeitsmethoden in Russland ab.

Eine voluminöse Gruppe in den 20er und besonders in den 30er Jahren bildeten Informationen über die Behandlung von Kritikern des sowjetischen Systems durch den Machtapparat. Die Berichte demaskierten die inhumane Behandlung von Unzufriedenen in Gefängnissen und Arbeitslagern, durch ein ZITIEREN von Augenzeugenberichten oder durch Mitteilungen der sowjetischen Presse über Prozesse gegen Staatsfeinde. Der Leser konnte von Misshandlungen, Mordfällen an Gefangenen lesen; diese Berichte stellten eine Form der Anklage des sowjetischen Erpressungssystems und eine Demaskierung der Verbrechen der bolschewistischen Gewalt dar.

Charakteristisch für die 30er Jahre erscheint die Gruppe von Artikeln über das Verhältnis des sowjetischen Staates zu Religion und Kirche. Die Korrespondenten brachten aufklärende Berichte über die programmatische Bekämpfung der Religion und der Kirche als unnötige Relikte des gestürzten Systems. Kommunisten wurden mit antireligiösen Bezeichnungen stigmatisiert, wie „Gottlose“, „antireligiöse Bewegung“ u.ä. und ihre Aktivität mit Schlüsselparolen wie „Kirchenschließung“, „Kirchenaustritte“ „Kampf gegen die religiösen Kulte“ usw. Mit Berichten dieser Art vollzog sich die BRANDMARKUNG der kirchenfeindlichen Unternehmungen sowie EXPLIZIEREN der antireligiösen Tendenzen im Sowjetstaat.

Das untersuchte Material legt Zeugnis von der Entschlossenheit der Zeitung ab, die mannigfaltigen Aspekte des Lebens im Sowjetstaat darzustellen und dadurch den Lesern ein Abbild eines Staates zu zeichnen, das Vorstellungen des Grauens, Entsetzens, der Angst und auf der anderen Seite Gefühle des Mitleids und Empörens auslöst. Mit den geschilderten Sprechhandlungen war es möglich, die kommunistischen Ideen und ihre Anhänger als inakzeptable Werte erscheinen zu lassen und damit die Zahl potentieller Wähler der kommunistischen Organisationen zu reduzieren.

Bibliographie

- Bosiacki, Adam (1999): *Utopia, władza, prawo: doktryna i koncepcje prawne „bolszewickiej” Rosji 1917–1921*, Warszawa.
- Bohn, Thomas (Hrsg.) (2002): *Geschichte des russischen Reiches und der Sowjetunion*, Köln.
- Bühler, Karl (1934): *Sprachtheorie*, Nachdruck 1982, Stuttgart New York.

-
- Dornseiff, Franz (1970): Der deutsche Wortschatz nach Sachgruppen, Berlin, New York.
- Habermas, Jürgen 1971: Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: ders./ Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung? Frankfurt a.M., S. 101–141.
- Haumann, Heiko (2003): Geschichte Russlands, Zürich.
- Maas, Utz / Wunderlich, Dieter (1972): Pragmatik und sprachliches Handeln. Frankfurt a.M.
- Hindelang Götz (2000): Einführung in die Sprechakttheorie. Tübingen.
- Hundsnurscher, Franz / Gerd, Fritz: Sprechaktsequenzen. Überlegungen zur Vorwurf/Rechtfertigungs-Interaktion. In: Der Deutschunterricht 2/1975, S. 81–103.
- Pipes, Richard (1994): Rewolucja rosyjska, przekł. z ang. Tadeusz Szafar, Warszawa.
- Pipes, Richard (2005): Rosja bolszewików, przekł. Władysław Jeżewski, Warszawa.
- Searle, John (1982): Ausdruck und Bedeutung, Frankfurt a.M.
- Ulkan, Maria (1992): Zur Klassifikation von Sprechakten. Eine grundlagentheoretische Fallstudie. Tübingen.
- Wagner, Klaus R. (2001): Pragmatik der deutschen Sprache. Frankfurt a.M.
- Wahrig, Gerhard (1988): Deutsches Wörterbuch, München.
- Wunderlich, Dieter (1976): Probleme, Grundsätze und Entwicklungen der Sprechakttheorie. In: ders.: Studien zur Sprechakttheorie. Frankfurt a.M., S. 119–180.